

Pressemitteilung Nr. 18 vom 31.05.2017

**GEW Bayern protestiert gegen die Abschiebep Praxis im „Freistaat“!
Die heutige Abführung eines Schülers direkt aus einer Nürnberger Berufsschulklasse ist
nicht tolerierbar – das Menschenrecht auf Bildung gilt auch in Bayern!**

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern kritisiert die heutige Polizeiaktion an der Nürnberger Berufsschule 11 aufs Schärfste. Knapp eine Woche nachdem die Bildungsgewerkschaft gemeinsam mit der Schülermitverantwortung vor Ort eine Kundgebung gegen Abschiebungen organisierte, wurde am heutigen Mittwoch ein junger Afghane von der Polizei aus der Schule abgeführt und soll nun nach Afghanistan abgeschoben werden.

Gegen neun Uhr wurde der junge Mann von der Polizei aus dem Klassenzimmer geholt und zunächst in ein Polizeiauto gesetzt. Daraufhin demonstrierten Schüler*innen und Lehrer*innen gemeinsam gegen den Abtransport des Schülers. Mit einem massiven Polizeiaufgebot konnte der Abtransport des Schülers durchgesetzt werden. Für die GEW ein unglaubliches Vorgehen und untragbarer Zustand.

Der Vorsitzende der GEW Bayern, Anton Salzbrunn dazu: „Es ist menschenrechtswidrig und menschenverachtend, wie hier das Bayerische Innenministerium agiert. So wird letztlich auch die Arbeit der Stabsstelle Flüchtlingsbeschulung im Kultusministerium untergraben. Die Praxis des Innenministeriums Schüler*innen und Schüler aus den Schulen zu holen muss sofort beendet werden.“ „Abschiebungen nach Afghanistan“, so Salzbrunn weiter „gehen aus unserer Sicht gar nicht. Menschenrechte und damit das Recht auf Bildung müssen auch in Bayern respektiert werden.“

Die Bildungsgewerkschaft fordert mit Nachdruck eine sichere Aufenthaltsperspektive für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum Abschluss des Bildungsganges oder der Ausbildung. Die GEW unterstützt die Proteste von Schüler*innen und Lehrer*innen gegen diese Abschiebep Praxis auch weiterhin.

Rückfragen gerne an:

Sebastian Jung, Sebastian.Jung@gew-bayern.de, Tel.: 0160 6972565